

Friedensethik in der Ukraine-Krise

1. Die politische Situation

Ein Kollege aus der Militärseelsorge sagte nach dem 24. Februar 2022, als Russland die Ukraine überfiel: „*Kabul und Kiew gehören zusammen.*“

Die Bilder der überstürzten Evakuierungsoperation am Kabuler Flughafen, vernichteten die Hoffnung, dass das über 20 Jahre währende internationale Engagement in Afghanistan irgendeine Form nachhaltiger Stabilität oder gar Ansätze einer Demokratisierung hervorgerufen hätten, die helfen würden auch eine globale Ordnung durch Recht weiter auszubauen.

Der Völkerbundgedanke, wie er – nach dem Ersten Weltkrieg (1914 – 1918) – auf der Grundlage des 14-Punkte-Plans des damaligen US-Präsidenten Woodrow Wilson (1856 – 1924) – nun nach dem 2. Weltkrieg (1939 – 1945) in die Vereinten Nationen mündete und mit dem internationalem Gerichtshof in Den Haag die Hoffnung auf eine globale Rechtsordnung vorantrieb, ist durch die jüngsten Ereignisse – gegen unseren Willen – massiv in Frage gestellt worden.

Längst findet der Krieg durch die Flüchtlingsströme, die massive Irritation der Energieversorgung und die damit zusammenhängenden globalen wirtschaftlichen Folge nicht nur im Gebiet blutiger Auseinandersetzungen statt, sondern ist spürbar auch bei uns angekommen.

Es ist desillusionierend, dass die Verflechtung wirtschaftlicher Macht (wie die Befürworter von Nordstream 2 – entgegen anders lautender Beteuerungen seinerzeit aus der Ukraine – selbst noch hofften) nicht zu mehr Frieden geführt haben, weil wir alle abhängiger voneinander geworden sind, sondern gerade dadurch empfindlich spürbar wird, dass die Konzeption einer regelbasierten und wertegestützten Weltordnung, die sich weniger auf militärische Sicherheit abstützen wollte, als auf wirtschaftliche Verflechtungen, erheblich ins Wanken geraten ist. Ganz im Gegenteil: Wir sind gerade wieder dabei zu entflechten, und zwar mehrdimensional! D.h.: diese Entflechtungen betreffen nicht nur die sicherheitspolitische Ebene wie den Europarat, die OSZE oder womöglich auch die Rüstungskontrollverträge, sondern auch den wirtschaftlichen Bereich. Diese Entflechtungen

sind notwendig, um die wirtschaftliche Verwundbarkeit und auch Erpressbarkeit (im Blick auf die Energieversorgung) zu verringern. Dass dies sich aber auch auf den kulturellen Bereich auszudehnen beginnt, erleben wir täglich in den Medien, wenn öffentlich darüber gestritten wird, ob man diese Künstlerin oder jenen Künstler bzw. Sportler noch einladen darf. Das verstopft zunehmend die Kanäle in die russische Gesellschaft, so dass wir einander immer fremder werden.

Man hatte in der zurückliegenden Zeit darauf gesetzt, dass enge wirtschaftliche Verflechtungen für alle Seiten profitabel sein würden und man so auf anderen Wegen als auf militärischen immer mehr voneinander abhängig würde, so dass man zukünftig nur *miteinander* – und nicht gegeneinander – würde voranschreiten können.

All‘ das ist mit Putins Überfall der Ukraine massiv in Frage gestellt worden.

Eine Welt globaler wirtschaftlicher Verflechtung, gestützt durch eine gemeinsame Rechtsordnung schaffen zu können, die mit immer weniger Waffen auskommen könnte, war ein durch respektabler frommer Wunsch.

Womit niemand mehr ernsthaft gerechnet hatte, ist, dass auch der Frömmste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt (Schiller, Wilhelm Tell).

Diese mit großen Strichen gezeichnete politische Lage ist so schlecht wie gerade unsere Realität.

Ich bin hier heute nicht geladen, um zu sagen, was man in der Vergangenheit hätte besser machen können, oder wie die politische Lösung von morgen aussieht.

Sondern wir bewegen uns in dieser politischen Realität als Kirche, und wir sind aufgefordert als Kirche unseren Beitrag zu leisten.

2. Der friedensethische Beitrag der Evangl. Kirche bis heute

Deshalb erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick auf die friedensethische Entwicklung in der Evangl. Kirche seit der Zeit nach dem 2. Weltkrieg:

a. Ökumenische Vollversammlung 1948, Amsterdam

Nach dem Desaster des 2. Weltkriegs erklärte 1948 bei seiner Gründungsversammlung in Amsterdam der Ökumenische Rat der Kirchen „*Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein*“.

Diese Aussage ist so richtig wie verständlich nach dem, was hinter den Mitgliedern der 147 Gründungskirchen lag. Doch ist es nichts Neues, dass sich die Welt in Gänze nicht nach G'TTES Willen ausrichtet, und deshalb schon bald wieder kriegerische Konflikte aufflammten wie auch die Spaltung der Welt in zwei ideologisch einander entgegenstehende Blöcke militärische Sicherheit wieder erforderlich machten.

Als deshalb auch von der jungen Bundesrepublik Deutschland ein Beitrag zur Bündnisverteidigung erwartet wurde, spaltete sich die evangelische Kirche in zwei Lager: Ein Teil, angeführt von dem hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, verfolgte einen radikalen Pazifismus und sparte bei der Verteidigung der eigenen Position auch nicht mit martialischen Wortbildern¹. Der andere, vielleicht weniger lautstarke Teil, vertrat eine Auffassung von der Welt, wie sie Luthers Zwei-Reiche-Lehre nahelegt.

b. Heidelberger Thesen von 1959

Dieser Teil, zu der z.B. der damalige Berlin-Brandenburgische Bischof Otto Dibelius (1880 – 1967), der seit 1949 auch EKD-Ratsvorsitzender war, gehörte, entschloss sich, mit der Aufstellung der Bundeswehr 1957 auch wieder eine Militärseelsorge zu etablieren.

Beide Lager lebten in der Evangelischen Kirche lange Zeit nebeneinander, so dass ihre unterschiedlichen Positionen 1959 maßgeblich durch Carl-Friedrich von Weizsäcker (1912 – 2007) in den sogenannten „Heidelberger Thesen“ vorläufig befriedet werden konnten, indem es in der 6.-8. These hieß:

These 6: Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.

These 7: Die Kirche muss den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.

These 8: Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“

Diese Komplementaritätsthese, als Kompromissformel entwickelt, sollte die Kontroversen um die beiden einander ausschließenden Möglichkeiten – die Friedenssicherung durch militärische Mittel oder durch vollständigen Verzicht auf Gewalt – einhegen und das Entweder-oder durch ein Sowohl-als-auch ersetzen. Ausführungen hierzu finden sich in der

¹ „Jede Ausbildung zum Soldaten und zu Führungspositionen in übergeordneten Kommandostellen“ sei „heute eine Hohe Schule zum Berufsverbrechen.“ (zitiert nach Hartmut Löwe, „Mit Gewalt für Recht und Frieden sorgen“ in: F.A.Z. – Nr. 185, S.6 vom 11.08.2022)

Begründung der These 11:

„Faktisch stützt heute jede der beiden Haltungen, die wir angedeutet haben, die andere. Die atomare Bewaffnung hält auf eine äußerst fragwürdige Weise immerhin den Raum offen, innerhalb dessen solche Leute wie die Verweigerer der Rüstung, die staatsbürgerliche Freiheit genießen, ungestraft ihrer Überzeugung nach zu leben. Diese aber halten, so glauben wir, in einer verborgenen Weise mit den geistlichen Raum offen, in dem neue Entscheidungen vielleicht möglich werden.“

Man hielt das *noch* Vorhanden-Sein von Waffen für ein notwendiges Übel, verlegte sich aber hoffnungsvoll auf eine noch zu erwartende Zukunft, in der all‘ dies nichts mehr gebraucht würde; deshalb spricht man auch, was die **Heidelberger Thesen** anbelangt, von einer **Kompromissformel**.

c. Die EKD nach den Heidelberger Thesen bis 1983

Mit den Jahren wurde dieser Kompromiss immer weniger tragfähig. Als dann 1979 mit dem Nato-Nachrüstungsbeschluss als Antwort auf sowjetische Raketenrüstung der Weltfriede immer mehr gefährdet erschien, formierte sich im Westen ein Friedensbewegung, die auf ihre Fahnen schrieb: *„Frieden schaffen ohne Waffen“*.

Die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD griff 1981 in diese Debatte ein mit der Friedensdenkschrift *„Frieden wahren, fördern und erneuern“*, wobei sie ihrer Überzeugung Ausdruck gab, dass der Friede in nuklearen Zeiten nur durch Abschreckung erhalten bleiben könnte; 1983 äußerte sich der Rat der EKD dahingehend, dass *„Das ethische Ziel einer Friedenspolitik, die sich nicht auf die Abschreckung stützt, ... für uns alle verbindlich“*² ist. Als 1990 die Berliner Mauer fiel und die beiden ideologischen Blöcke, die bis dahin das politische Weltgeschehen dominierten, einander nicht mehr feindlich gegenüberstanden, waren wir – wie es ein politisches Bonmot der damaligen Zeit³ provokant zuspitzte – *„von Freunden umzingelt“*.

Niemand konnte sich mehr vorstellen, dass eine kriegerische Auseinandersetzung mit konventionellen militärischen Mitteln in unserem Kulturkreis überhaupt noch geführt werden könnte....obwohl direkt vor unseren Toren 1998 der Vielvölkerstaat Jugoslawien zerfiel und in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo unglaubliche Greueltaten verübt wurden.

War es Arroganz, die uns glauben machte, dies seien – außerhalb unseres engeren Kulturkreises – Übergangsphänomene, weil sich über kurz oder lang unsere Weise die Welt

² Zitiert nach Hartmut Löwe: aaO.

³ Mal wird es dem ehemaligen Verteidigungsminister (CDU) Volker Rühle (*1942) mal dem verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau (1931 – 2007) zugeschrieben.

zu sehen und in ihr zu leben, ohnehin durchsetzen würde. Man dachte, dass die Normen des sozial-liberalen Rechtsstaates durch das Völkerrecht zur allgemeinen Anerkennung gebracht werden könnte.

Die EKD antwortete 2007 in dieser Zeit mit einer erneuerten Friedensdenkschrift „*Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*“, worin sie – anstelle der bisher gültigen Lehre vom ‚Gerechten Krieg‘ die Lehre eines ‚Gerechten Friedens‘ dagegensetzte. Zum ‚Gerechten Frieden‘ gehört eben nicht nur, dass die Waffen schweigen, sondern es gehört die Förderung von Freiheit zu einem Leben in Würde durch Recht, den Abbau von Not und die Förderung von kultureller Vielfalt. Man rechtfertigte zwar die Anwendung von Gewalt noch als ultima ratio, dachte dabei aber eher an die Ausübung internationaler Polizeigewalt.

Dass eine globalisierte, multikulturelle Welt nicht zu einer neuen Weltordnung geführt hat, sondern eher zu einer Unordnung ist eine bittere Realität.

Die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 setzt besonders auf eine gemeinsame Rechtsordnung und auf die Verflechtung von sozialer und wirtschaftlicher Abhängigkeit und die Schaffung von Interdependenzen, weil sie hoffte, damit einen Aggressor auf lange Sicht einhegen zu können. Dass diese Hoffnung trügerisch war, hat sich mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine überdeutlich gezeigt.

Deshalb hat die Evangl. Kirche bei ihren friedensethischen Äußerungen Nachholbedarf:

Die Evangl. Kirche ist – nach dem Fall der Berliner Mauer – ein zweites Mal in die Falle des Kulturprotestantismus getappt, der um 1900 ein überaus positives Bild des Menschen und seiner Möglichkeiten entwickelt hatte. Diese kulturprotestantische Sicht auf den Menschen wurde durch den 1. Weltkrieg auf denkbar grausame Weise getrübt.⁴

Denn wer sich für gerechten Frieden, wer sich für die Universalität der Menschenrechte einsetzen will, und wer – wie die Friedensdenkschrift – dem Recht einen hohen Stellenwert einräumt, **darf gerade deshalb die Frage der Durchsetzung dieses Rechts nicht gering achten!**

In evangelischen Friedensvoten der letzten Jahre finden sich – gerade wegen der Betonung des Rechts in der Friedensdenkschrift –immer wieder viele juristische Überlegungen zum Völkerrecht. Allerdings haben diese Voten auch ein großes theologisches Manko, das es dringend aufzuarbeiten gilt: In den theologische Grundsatzertwägungen fehlt völlig eine *skeptische Anthropologie* auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes! Der Mensch

⁴ Die Dialektische Theologie, deren bekanntester Protagonist der Schweizer Theologe Karl Barth (1886 – 1968)

ist nicht gut von Jugend an (vgl. Gen 8,21*), und wir können nicht voraussetzen, dass alle immer nur gute Absichten haben. Gerade deshalb müssen wir die Friedensethik weiterentwickeln, indem wir uns auch auf unsere theologischen Grundlagen zurückbesinnen und einer skeptischen Anthropologie Raum geben, wie sie z.B. auch bereits bei Luther vorkommt. Und was dann aus einer skeptischen Anthropologie für realpolitischen Schlüssel gezogen werden, ist Aufgabe der Politik nicht der Kirche.

Sicher ist es unabdingbar, dass wir in einer globalisierten Welt den Weg weiterbeschreiten, uns mit anderen zu vernetzen und wirtschaftliche und soziale Interdependenzen herstellen, die uns aufeinander angewiesen bleiben lassen (was auch 1. Kor 12 entsprechen würde), aber auch **und zugleich** Abschreckung zulassen.

Wir erleben nolens volens gerade eine Neuauflage der Diskussion aus den 80er Jahren, als es um die nukleare Nachrüstung ging.

Die Ukraine hat 1996 ihre Atomwaffen abgegeben, und es wäre zu fragen, ob sie in dieser Form angegriffen worden wäre, wenn sie sie noch hätte?! (Fazit:) **Wenn wir also Interdependenzen (durch globale wirtschaftliche und soziale Vernetzungen etc.) weiter ausbauen, die uns immer mehr aufeinander angewiesen sein lassen und Abschreckung vorhalten, dann muss evangelische Friedensethik hier ihren Beitrag leisten, indem sie das Verhältnis beider Komponenten näher bestimmt unter Berücksichtigung einer realistischen christlichen Anthropologie.**